

## Rede

**Festakt anlässlich des 20. Gründungsjubiläums  
des Vereins „Erinnern für die Zukunft-Moers e.V.“,  
Kammermusiksaal Martinstift Moers, 23. März 2015**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Fleischauer, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Müller, sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Ibrahim Yetim, liebe Bärbel Likar, lieber Bernd Schmidt für den Vorstand des Geburtstagskindes, unseres Vereins „Erinnern für die Zukunft“, vor allem aber auch ein herzliches Willkommen unserem besonderen Gast und Weggefährten des Vereins Volodja Maljutin aus Kiew, meine sehr geehrte Damen und Herren!

I.

Vor 20 Jahren, am 23. März 1995 gründeten im ev. Jugendheim der Kirchengemeinde Moers-Asberg, der damaligen Gemeinde von Pfr. Reinhard Schmeer, 50 Menschen aus unterschiedlichen Zusammenhängen den Verein „Erinnern für die Zukunft“.

Ihre Anliegen waren klar:

- Wir wollen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern begegnen und gemeinsam eine angemessene Form des Erinnerns und Aufarbeitens entwickeln;
- Wir wollen tragfähige Brücken der Verständigung bauen!

1995 - knapp 50 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, so wirkt aus heutigem Blick - war das mehr als fällig.

Dass überhaupt konkrete Begegnungen mit den ehemaligen Zwangsarbeiter/innen aus Osteuropa und den ehemaligen Sowjetrepubliken erwogen werden konnten, war den friedlichen osteuropäischen Revolutionen 1989/90 geschuldet. Die offenen Grenzen beflügelten auch das Hin und Her von Informationen.

Die zögerliche, bagatellisierende Art und Weise mit der über viele Jahre in unserem Land nach dem Ende des 2. Weltkrieges die Zeit der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft an den Rand der öffentlichen Debatten gedrängt wurde, beschämt mich bis heute.

Spätestens seit dem Eichmann-Prozess 1961/62 und den Auschwitzprozessen 1965/66 und 1968 gab es schon lange nichts mehr zu leugnen und zu verdrängen. Selbst nach den aufrüttelnden Prozessen blieb das Interesse am Schicksal unserer ermordeten jüdischen Nachbarn in Moers und den Nachbarstädten nahe Null. Dies wandelte sich erst nach und nach:

- In Neukirchen-Vluyn war es zum 40-zigsten Gedenken an die Pogromnacht 1978 eine Ökumenische Initiative, die drängende Fragen stellte und eine öffentliche Debatte erzwang, die die schließlich zu einem Gedenk- und Mahnmal im Neukirchen-Vluyner Rathaus führte.
- In Moers erwirkte die 1987 gegründete Christlich-Jüdische Gesellschaft (ich sehe unter uns Elsbeth und Hans-Helmut Eickschen aber auch Gabriele Wyrwala als maßgebliche Akteure) die Spurensuche nach dem Schicksal der vormals in Moers lebenden Juden. (An die Publikation von Brigitte Wirsbitzki, 1991 erschienen, sei erinnert). Mit großer Sensibilität wurden zudem viele Begegnungen mit den die Shoa überlebenden Moerser Juden Raum gegeben.
- Nachdem sich bereits 1985 Schülerinnen und Schüler des Stursberg-Gymnasium in Neukirchen-Vluyn mit dem Thema „Fremdarbeiter in NV“ befassten, nahm das damals sehr rührige Magazin „MOCCA“ 1988 mit einem Bericht über „Die Zweite Schuld –vom Elend der Zwangsarbeiter in Neukirchen-Vluyn“ den Faden wieder auf. Der Kulturausschuss der Stadt nahm sich des Themas an. Eine bürgerschaftlich getragene Arbeitsgruppe aus dem Museumsverein um Ulrich Kemper, Heinz-Jürgen Doerth, Ina Koch, Holger Heith und Peter Pechmann setzten die Recherchen fort. Ich begrüße die engagierten Pädagogen Krista Horbrügger und Ulrich Kemper aber auch Peter Pechmann unter uns.

Schließlich erschien 1992 die Schrift „Zwangsarbeiter in Neukirchen-Vluyn 39-45“.

- Parallel dazu, getragen durch ein breites Netzwerk (der IKM sei beispielhaft genannt), recherchierten Bernd Schmidt und Fritz Burger, unterstützt durch Kurt Jakob und Helmut Pitz, die Geschichte des Widerstand und des Nationalsozialismus im südlichen Altkreis Moers.

II.

Indem ich dies erinnere, wird deutlich:

Erst ab den späten Siebziger Jahren reifte auch in unserer Region das drängende, Interesse daran, die jüngste Zeitgeschichte aufzuarbeiten, sich des Schicksals der Opfer anzunehmen, die Täter und die konkreten Unterdrückungs- und Zwangsmechanismen zu benennen.

Das stieß nicht überall auf Begeisterung. Mehr als einmal vielen Begriffe wie „Nestbeschmutzer“ oder „Vaterlandsverräter“.

Bereits in dem Buch „Tatort Moers“ (1994 vorgestellt) hatten die Autoren um Bernd Schmidt einen ersten naturgemäß recht schmalen Überblick über das Schicksal der Zwangsarbeiter in der Region vermittelt. Neuen Auftrieb erhielt dieses Thema, als Bernd Schmidt über die regimiekritische russische Nichtregierungsorganisation „Memorial“ Namenslisten von an den Niederrhein verschleppten Zwangsarbeiter/innen bekam. Bernd Schmidt motivierte sein Netzwerk, sich in der Sache zu engagieren. So fanden sich Menschen aus Moers, Neukirchen-Vluyn und Kamp-Lintfort, die – getragen durch den Verein „EfZ“ - Begegnungen ermöglichen wollten.

Der Gründungsaufwurf wurde u.a. von Christel Apostel, Nikolaus Schneider, Christoph Landscheidt, Peter Wermke, Otto Laakmann, Marianne Meylahn.... getragen. Und auch die Bürgermeister Flügel, Wermke und Brunswick legten sich mächtig ins Zeug, die Arbeit des Vereins und vor allem die Begegnungen zu finanzieren.

Der erste Vorstand: Willi Storck als Vorsitzender und Silke Schweitzer, der erfahrene Sparkassenmann Heinz Hackstein (Kasse), im Übrigen: Karla Menzel-Schmeer, Horst Lauken, Peter Pechmann, Barbara Lange, Christel Klingenburg und vor allem

Heike Maus. Ich selbst, als damaliger Moerser Kulturdezernent gehörte dem Vorstand als Schriftführer an, unterstützt von meinem engsten Mitarbeiter Claus Arndt.

(Hintergrund meines Engagements war weniger die Dienstpflicht und die Tatsache, dass ich die für einen Schriftführer hilfreiche Kurzschrift beherrsche. Aufgrund meines früheren Engagements in den Neukirchen-Vluyn Debatten sind mir alle Aspekte der geschichtlichen Aufarbeitung zentrales Thema geworden.)

Lassen Sie mich kurz einige herausragende Aktivitäten skizzieren:

- 1996 – 2002: insgesamt 6 Gruppen ehem. Zwangsarbeiter/innen aus der Ukraine und den Niederlanden waren Gäste
- 1998 – 2005: 6 Begegnungsreisen in die Ukraine
- 2006/2007: Jeweils eine Begegnungsreise in Polen und Deutschland
- 2008: die Dokumentation „Moers unter dem Hakenkreuz“ wird im Beisein von ehem. Zwangsarbeiter/innen aus der Ukraine und Polen sowie Moerser Widerstandsfamilien vorgestellt.
- 2011/12: das Zwangsarbeiterkapitel wird ins Russische übersetzt

4

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Idee des Vereins „Erinnern für die Zukunft“ hat sich voll entfalten können:

Begegnen, Brücken bauen, dokumentieren, sammeln, ordnen, aufbereiten und präsentieren (ob in Büchern, Ausstellungen, Vortragsveranstaltungen...).

Es ist eine Bilanz, auf die alle, die dieses Engagement mitgetragen haben aus guten Gründen stolz sein können.

Und es gibt weitere große Herausforderungen:

Mit dem umfassenden Nutzungskonzept für das Alte Landratsamt gilt es, die zeitgeschichtlichen Dokumente aus der NS-Zeit so zu präsentieren, dass das Erinnern lebendig bleibt. Dass das Erinnern nicht nur den Verstand sondern auch die Herzen derjenigen erreicht, die keinerlei engeren Bezug mehr zu längst Vergangenen haben.

### III.

Naturgemäß gab es in den langen Jahren im Verein personelle Kontinuitäten aber auch Veränderungen.

Ich möchte an dieser Stellen allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern dafür danken, dass sie sich für unsere Region diesem bedrückenden Kapitel der geschichtlichen Aufarbeitung gewidmet, Zeit, Kraft und auch so manchen Euro eingebracht haben.

Erwarten Sie bitte keine Lobrede auf das besondere Engagement Einzelner; dazu gab es an anderen Stellen aus gegebenen Anlässen den gebührenden Raum.

Doch will ich zumindest daran erinnern, dass dem Gründungsvorsitzenden Wilhelm Storck ebenso wie Bernd Schmidt und Bernd Bours das Bundesverdienstkreuz, der ehemaligen Vorsitzenden Tanja Junkers der Rheinlandtaler und Willi Storck zudem der Moerser Ehrenring verliehen wurde.

5

### IV.

Ein Blick auf das Vereinsjubiläum aus einer anderen Warte, einige Anmerkungen in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, also des Gremiums, dass sich federführend mit Fragen des Gedenken und Erinnerns befasst.

Diese Bürgerinitiative „Erinnern für die Zukunft – Moers e.V.“ hat gemeinsam mit vielen ähnlich gelagerten Initiativen den Boden dafür bereitet, dass auch auf der nationalen Ebene endlich und schließlich im Jahre 2000 (forciert durch die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder) mit der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ ein ihr Schicksal würdigendes Zeichen für die ehem. Zwangsarbeiter gesetzt wurde.

55 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges wurden 4,45 Mrd. € in Form eines Fonds bereitgestellt. Auch wenn es vielen nicht mehr vergönnt war, konnten zumindest rund 1,5 Mio. ehemalige Zwangsarbeiter aus diesem Fonds entschädigt werden.

V.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

zum Schluss möchte ich drei Aufgaben ja Herausforderungen benennen, die ich aus den zu beobachtenden Veränderungen im kollektiven Erinnerungsvermögen unserer Gesellschaft ableite:

Erstens:

Gedenken und Erinnern muss in stärkerem Maße die Menschen aus migran-  
tischen Milieus in den Blick nehmen.

- Die besondere Geschichte der Deutschen und die mit ihr verbundene Verantwortung findet sich oft nicht in den geschichtlichen Überlieferungen ihrer Herkunftsfamilien bzw. ihrer Herkunftsstaaten wider. Wie sollte es auch? Dies betrifft z.B. insbesondere das exponierte Verhältnis Deutschlands zu Israel.

- In diesem Jahr erinnern wir an den 100. Jahrestag des Völkermordes an den Armeniern. Bei einer Diskussionsveranstaltung vor wenigen Wochen im Deutschen Historischen Museum ist mehr einmal mehr deutlich geworden:

Es gibt Konflikte zwischen anderen Staaten, die mehr oder weniger offen in unser Land hineinwirken. So geht es bei dem Genozid an den Armeniern (1915 – 2015) nicht nur darum, ob die Türkei den Völkermord anerkennt und verantwortet oder Deutschland sich zur evtl. Beihilfe durch das Deutsche Reich bekennt.

Welche Haltung nehmen hierzu deutsche Staatsangehörige türkischer oder armenischer Abstammung ein? Gibt es einen gemeinsamen Diskurs Debatte, die in unseren Nachbarschaften stattfindet? Oder gründen meinen Fragen in einer unverhältnismäßigen Empathie und sind deshalb eher zu vernachlässigen?

Wenn die Geschichte unseres Landes zunehmend nicht mehr auch durch innerfamiliären Geschichtserzählungen und damit -erfahrungen unterfüttert sein kann, gilt es in der Tat einen Weg zu beschreiten, der von einer „Erfahrungs- und Verantwortungsgemeinschaft zu einer klaren Verantwortungsgemeinschaft“ führt (Bundespräsident Joachim Gauck am 27.01.2015 anlässlich des Erinnern an die Befreiung von Auschwitz vor dem Deutschen Bundestag).

### Zweitens:

Ob Schwabinger Kunstfund oder Entschädigungsforderungen der Griechen:

Wir können uns unserer besonderen Verantwortung für die Folgen des 2. Weltkrieges nicht entledigen!

Unabhängig von völkerrechtlich gestützten Rechtspositionen bedarf es eines besonderen Einfühlungsvermögens, tatsächliche oder vermeintliche Ansprüche Dritter zu bewerten.

Das war bei der ewig umstrittenen Zwangsarbeiterentschädigung ebenso.

Sollten sich Zweifel z.B. an der Provenienz von Kulturgut bestehen, verpflichtet die Washingtoner Erklärung, nach einer „fairen und gerechten Regelung“ zu suchen. Diesen Grundgedanken empfehle ich auch als Maßstab, wenn Zweifel am Ausgleich anderer Kriegsfolgen auftreten. Sollten diese sich nach sorgfältiger Prüfung als durchaus nicht unberechtigt herausstellen, sollte es unser Interesse sein, „faire und gerechte Regelungen“ anzustreben.

### Drittens und Letztens:

„Erinnern für die Zukunft“ – würde der Verein heute neu zu gründen sein: ich würde für einen anderen Namen werben. Einen Namen, der das Gleiche meint und doch klarer im Ziel ist.

**„Gegen Vergessen – für Demokratie“.**

Aufarbeitung ist nach wie vor wichtig und unerlässlich. Zugleich müssten wir aber noch stärker zu einem konkrete, wertschätzendem Engagement für eine stabile freiheitliche Demokratie ermutigen.

Wenn aus Politikerverdrossenheit Politikverdrossenheit Demokratieverdrossenheit gar Demokratieverachtung wird, laufen die Lehren aus dem „Erinnern für die Zukunft“ ins Leere.

Zivilgesellschaftliches, bürgerschaftliches Engagement ist das Bindegewebe unserer Gesellschaft. Zugleich bedarf es aber auch der Menschen, die in den Bezirksvertretungen, Räten, Kreistagen, Landschaftsversammlungen und Parlamenten bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Markante Frauen und Männer aus allen politischen Parteien haben sich in der Nachkriegszeit in Moers, in den Nachbarstädten oder dem Kreis t für die Demokratie auf kommunaler Ebene, die Entwicklung einer starken kommunalen Selbstverwaltung, ins Zeug gelegt haben. Über ihr konkretes Engagement und den Mühen der Ebene, die sie durchschritten haben wird nicht erinnert. Bei Lichte betrachtet wissen wir auch sehr wenig darüber. Dabei könnte gerade ihr Beispiele Mut machen und eine „Kultur der Verantwortung für öffentliche Belange“ stärken.

Übrigens:

In Duisburg gab es 2013 und 2014 ein Kooperationsprojekt des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie“ mit einer Duisburger Lokalzeitung mit der Bezeichnung „Bedeutende Duisburger Demokraten“. In einer Artikelserie wurde gewürdigt, was die Frauen und Männer aus den unterschiedlichen zur demokratischen Entwicklung Duisburgs beigetragen haben. Sie wurden im Übrigen „kreuzüber“ vorgestellt; die Würdigung stammte jeweils von einem Autor aus einem „anderen politischen Lager“.

Zum Schluss eine Anregung:

Das Alte Landratsamt (Kreisständehaus) hatte im Laufe seiner Geschichte viele Funktionen inne: in meiner Erinnerung haftet als besonders sympathisch und einladend die Zeit, als in dem Gebäude lange Jahre die Volkshochschule Moers wirkte.

Den Gedanke, die „NS-Dokumentationsstelle“ den anderen dort unterzubringen; das unterstütze ich ausdrücklich. Doch so wichtig der Blick zurück ist; wir dürfen nicht darin verharren bleiben.

Das Gebäude in seinen künftigen Nutzungen dem Leitgedanken

„Gegen Vergessen – für Demokratie“

zu widmen, wäre ein offensives Zeichen für einen freiheitliche, solidarischen und demokratischen Rechtsstaat einzutreten.

Übrigens: heute vor 82 Jahren verabschiedete der Deutsche Reichstag, ein frei gewähltes Parlament repressivem Druck der Nationalsozialisten das Ermächtigungsgesetz und setzte damit die wesentlichen demokratischen Prinzipien der Weimarer Reichsverfassung außer Kraft. Was folgte, wissen wir und ergründen so manchen überdrängte bis heute.

Deshalb: „Erinnern für die Zukunft“ – „Gegen Vergessen – für Demokratie!“

9

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.